

Reihe mächtiger Regionalpolitiker haben nie geheiratet. Dem Zölibat hängt auch bei politischen Personen eine guruhafte Aura von Macht und Herrschaftsanspruch an.

Barack Obama hatte die indische Öffentlichkeit für sich gewonnen, als er Ende März seine jetzt schon als historisch geltende Rede zum amerikanischen Rassenkonflikt hielt. Seine Offenheit und Differenziertheit, sein Mut, Risiken einzugehen, wurde in zahlreichen Editorials bewundert. So schrieb Barkha Dutt wehmütig in der *Hindustan Times*: »Wann werden wir je unseren eigenen Obama bekommen? Was Rasse für die Amerikaner ist, ist Religion und Kaste für Indien. Doch der politische Diskurs in unserem Land ist immer in Polaritäten gedrängt worden. Wir waren entwe-

der religionsbewusst oder säkular, liberal oder konservativ, kapitalistisch oder kommunistisch, kastenstolz oder egalitär. Unsere Antworten auf politische Debatten über Kaste und Religion sind entweder zu platt und politisch korrekt oder schrecklich vorurteilsvoll und bigott.«

In unseren vom Fernsehen dominierten Gesellschaften, der amerikanischen wie auch der indisch-urbanen, sind Qualitäten wie Eloquenz, Charisma, Charme unwägbare wichtige Instrumente für einen Wahlsieg. Obamas Hautfarbe ist für Fernsehzuschauer in den Ländern der Dritten Welt das unübersehbare Signal, dass seine Lebensgeschichte Kenia und Indonesien, also Afrika und Asien, mit einbezieht, dass ein »globaler Amerikaner« Präsident wird.

Karsten Rudolph

Am Krankenbett des Kapitalismus

Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

karsten.rudolph@landtag.nrw.de



Die Krise des Finanzmarktes macht es möglich: Aus dem Hamburger Grundsatzprogramm der SPD ist in weiten Teilen ein Aktionsprogramm geworden. »Unkontrollierte Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten«, so heißt es dort, »können ganze Volkswirtschaften gefährden. Wir streben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die Finanzmärkte auf internationaler Ebene an.« Und weiter: »Märkte bedürfen der politischen Gestaltung...« Geschrieben wurden diese Sätze vor dem Hintergrund einer langen politischen Erfah-

rung mit den Krisenerscheinungen des Kapitalismus. Dass die historische Finanz- und Wirtschaftskrise, in der die Welt inzwischen steckt, schon bald nach der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms am 28. Oktober 2007 virulent werden würde und grundsätzliche politische Erwägungen gleichsam über Nacht tagespolitisch aktuell werden könnten, dies hat keiner der Delegierten, die dem Programm zustimmen, präzise voraussehen können.

Die Erfahrungen

Schon einmal hat eine Weltwirtschaftskrise die deutsche Sozialdemokratie auf dem falschen Fuß erwischt. Der Autor des 1910 erschienenen *Finanzkapitals* und nach dem New Yorker Börsencrash 1929 aus dem Amt des Reichsfinanzministers gedrängte Ökonom Rudolf Hilferding, dia-

agnostizierte das baldige Ableben des Patienten und enthielt sich – wie die Mehrheit der Partei – jeder konjunkturpolitischen Therapie. Ganz anders der Sozialdemokrat und Gewerkschaftstheoretiker Fritz Tarnow: Er plädierte für einen aktiven Staat, der der kranken Wirtschaft konjunkturpolitische Medizin verabreichen müsse – nicht der Kapitalisten sondern der alsbald hungernden Massen wegen. Doch das von ihm und den gewerkschaftsnahen Wirtschaftsexperten Wladimir Woytinski und Fritz Baade entwickelte, kreditfinanzierte Konjunkturprogramm (der so genannte *WTB-Plan*) kam nicht zum Zuge. Und Deutschland versank in einer wirtschaftlichen Depression ungeahnten Ausmaßes. Die deutsche Sozialdemokratie hatte nach dem Scheitern der Brüning'schen Deflations- und Sparpolitik, den Erfolgen des amerikanischen *New Deal* sowie der Hitlerschen Konjunkturanreize qua Aufrüstungspolitik gelernt. Die Sozialdemokraten wurden Keynesianer und strebten fortan danach, den Kapitalismus zu zügeln, zu zähmen und zu zivilisieren. Ihr erster bundesdeutscher Wirtschaftsminister, Karl

Schiller, setzte gegen die Nachkriegsrezession 1966/67 eine erfolgreiche Konjunkturspritze. Rechtzeitig, aber befristet angelegt, massiv und gezielt eingesetzt, konnte und kann Konjunkturpolitik Wunder bewirken, dies hat der Internationale Währungsfond in einer erst kürzlich erschienenen Studie über die Wirkung antizyklischer Konjunkturpolitik analysiert. In den 70er Jahren traten allerdings zwei neue Erfahrungen hinzu, die Konjunkturpolitik kompliziert machten: *Erstens* ließen sich im wirtschaftlichen Abschwung kreditfinanzierte Konjunkturprogramme leichter durchsetzen, als die im Aufschwung vorgesehene Konsolidierung der Staatsfinanzen voranbringen, geschweige denn eine Konjunkturrücklage bilden. Mit anderen Worten, der Schuldenberg wuchs, weil die konjunkturpolitischen Maßnahmen nach der Krise nicht zurückgefahren wurden. *Zweitens* überschätzte man die eigene Volkswirtschaft und unterschätzte die weltwirtschaftlichen Verflechtungen. Selbst die starke deutsche Konjunkturlokomotive konnte gegen die allgemeine Stagflationskrise kaum etwas ausrichten.

Daraus folgten zwei Lehren, die in den folgenden Jahrzehnten gegenüber der einfachen neoliberalen Doktrin (vor der Krise Steuersenkungen, in der Krise Steuersenkungen, nach der Krise Steuersenkungen) nicht bestanden: Gegen einen weltwirtschaftlichen Abschwung hilft allein eine international abgestimmte Konjunkturpolitik und die antizyklische Wirtschafts- und Geldpolitik darf im Aufschwung nicht aufhören.

Die historische Weltwirtschaftskrise

Zum ersten Mal seit 1945 rutscht die gesamte Weltwirtschaft in einen Abschwung und die Wirtschaftsleistung nimmt global ab. Mit Minuswachstum weltweit ist der übliche Lösungsweg verbaut, den Export in noch oder schon wieder prosperierende Regionen zu lenken. Dies ist neu.

Dass sich historische Vergleiche mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 aufdrängen, liegt einerseits daran, dass ein derartiger wirtschaftlicher Abschwung ebenfalls eine neuartige Lage darstellte und dass andererseits auch ihm eine Bankenkrise vorgelegt war. Damals wie heute hatten sich Banken verspekuliert und konnten längerfristig vergebene Kredite kurzfristig nicht mehr refinanzieren. Dies rief eine Liquiditätskrise hervor, der eine Kreditklemme folgte, als die Banken sich untereinander nicht mehr über den Weg trauten und die wirtschaftlichen Aussichten allgemein als pessimistisch beurteilten.

Auch wenn heute vieles anders ist, so befinden wir uns doch exakt wieder an diesem Punkt. Wir wissen heute allerdings auch, was passiert, wenn die Staaten nicht rechtzeitig handeln und entsprechende ordnungspolitische Konsequenzen ziehen.

Was nun die Krise des Finanzmarktes anbelangt, so wurde zwar zumeist in letzter Minute, aber gerade noch rechtzeitig gehandelt, um eine Implosion des Bankenwesens

zu vermeiden, auch wenn die Bank-Lähmung keineswegs überwunden ist: Wie 1931 stellt der Staat Eigenkapital- und Liquiditätshilfen bereit und überführt besonders gefährdete Banken zumindest teilweise in staatlichen Besitz. Anders als früher geht er mit den Bankvorständen noch gnädig um: Er begrenzt ihre Einkommen, entlässt sie aber nicht. Gleichzeitig arbeiten die Regierungen an einer effektiven Regulierung der Finanzmärkte. Ein zweites *Bretton Woods* soll dem Kannibalismus der ungezügelten Kräfte im Finanzsektor dauerhaft Einhalt gebieten.

An gleicher Entschiedenheit mangelt es jedoch in der Wirtschafts- und Geldpolitik. Erstere setzt nicht gezielt und kraftvoll genug an, zweitere setzt zu spät und zaghaft ein. Die Europäische Zentralbank hinkt anderen Zentralbanken in punkto expansiver Geldpolitik hinterher, anstatt mit ihnen beherzt und konzertiert die Zinsen zu senken. Konjunkturpolitisch folgt die Bundesrepublik leider dem falschen Vater des Wirtschaftswunders. Ludwig Erhard mag sich seine ordoliberalen Verdienste erworben haben, nur als Konjunktur- und Strukturpolitiker versagte er als Bundeskanzler auf der ganzen Linie. Ähnlich wie Brüning verlangte er den Gürtel enger zu schnallen. Nicht die CDU sondern die SPD mit ihrem moderneren wirtschaftspolitischen Konzept der Globalsteuerung und antizyklischen Wirtschaftspolitik ging aus der Rezession und alsdann aus der Großen Koalition als politischer Sieger hervor. Gemessen an den aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen gelten diese historischen Erfahrungen und natürlich das Hamburger Programm: »So viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierender Staat wie nötig.« Aber auch: »Die öffentliche Hand trägt Verantwortung dafür, dass die Konjunktur Impulse erhält und die gesamte Gesellschaft davon profitiert.« Oder anders und einfach formuliert: Ludwig Erhard ist tot, Karl Schiller lebt!